

FPÖ kritisiert Ampelregierung: Ehrenamt wird zur Last für Familien!

FPÖ-Kritik am Budget 2025: Thau warnt vor Einsparungen im Ehrenamt und fordert mehr Unterstützung für Freiwillige in Österreich.



Nachrichten AG

Österreich - Am 14. Mai 2025 äußerte sich der FPÖ-Sprecher für Ehrenamt, NAbg. Harald Thau, kritisch zum Budget 2025 und 2026. Thau bezeichnete die Politik der „Ampelregierung“ als verfehlt und verantwortungslos. Besonders scharf kritisierte er, dass bei Ministerien, Luxuswägen und Ausgaben für Asyl und Migration nicht gespart werde, während Ehrenamtliche, Familien, Schulen und Senioren zur Kasse gebeten würden. Er betonte die essentielle Bedeutung des Ehrenamts, besonders im ländlichen Raum, und bezeichnete die Finanzierung von „integrationspolitischen Luftschlössern“ und „absurden Gender-Lehrgängen“ als inakzeptabel. Ein Beispiel für diese Missverhältnisse führte er an: Während die Wiener Festwochen Millionen Euro kosten, beträgt die Blasmusikförderung des

Bundes lediglich 140.000 Euro, was für ihn einen Hohn gegenüber den engagierten Ehrenamtlichen darstellt, die ohne Gage arbeiten.

Thau warnte, dass durch solche Budgetentscheidungen die österreichische Identität verloren gehe. Die FPÖ, so Thau, werde dem Budget und den Prioritäten der Bundesregierung nicht zustimmen und setze sich klar für Bürger, Familien, Ehrenamtliche und die Heimat ein. Diese klare Haltung wird in Anbetracht der jüngst von der Regierung vorgestellten Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts umso interessanter.

Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts

Die Regierung hat ein Paket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für gemeinnützige Organisationen und ehrenamtliches Engagement präsentiert. Bundeskanzler Karl Nehammer von der ÖVP betonte bei dieser Gelegenheit die herausragende Bedeutung des Ehrenamts in Österreich, wo sich etwa 3,7 Millionen Bürger ehrenamtlich engagieren. Ein wichtiger Bestandteil der neuen Maßnahmen ist, dass die Teilnehmer des Freiwilligen Sozialjahres (FSJ) und des Freiwilligen Umweltschutzjahres (FUJ) künftig 500 Euro pro Monat erhalten – eine deutliche Erhöhung im Vergleich zu zuvor 270 Euro.

Zusätzlich plant die Regierung eine Reform des Freiwilligengesetzes, die eine bundesweite Servicestelle für Ehrenämter und Freiwilligenzentren einführen soll. Vizekanzler Kogler bezeichnete Ehrenamtliche als tragende Säulen der Gesellschaft mit großer ökonomischer Bedeutung. Um die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, sollen auch Mittel für Ausrüstung und Infrastruktur für Rettungsdienste und Zivilschutzverbände erhöht werden.

Finanzielle Anreize und Unterstützung

Auch die finanzielle Unterstützung für Teilnehmer am Gedenk-,

Friedens- und Sozialdienst im Ausland wird angehoben. Freiwillige sollen, ähnlich wie Grund- und Zivildienstler, ein kostenloses Klimaticket erhalten. Darüber hinaus wird eine Ausweitung der Absetzbarkeit von Spenden an gemeinnützige Organisationen geplant, ergänzt durch die Einführung eines Energiekostenzuschusses für Non-Profit-Organisationen. Ebenfalls neu: eine jährliche Vergabe eines Staatspreises für Freiwilligenarbeit sowie eine Vereinfachung der Antrags- und Anerkennungsverfahren für die Spendenabsetzbarkeit.

Die geplanten Maßnahmen stehen in einem spannungsgeladenen Kontext zu den jüngsten Äußerungen von Thau und der FPÖ, die die Prioritäten der Regierung in Frage stellen. Es bleibt abzuwarten, wie diese Entwicklungen das Ehrenamt in Österreich langfristig beeinflussen werden.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at